

Welfenkirchener Zeitung.



Bezugspreis durch Posten zugestellt oder durch die Post bezogen für die Woche vom 28. November bis 2. Dezember 1923 900 Millionen M. — Einzelnummer 200 Millionen M. Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.

„Welfenkirchener Sonntags-Zeitung“, „Am Herdfeuer“ und „Sport-Extrablatt“
Telegraphen-Adresse: Welfenkirchener Zeitung. — Postfach-Adresse: Welfenkirchener Zeitung.
Geschäftsstelle: Welfenkirchener Zeitung, 87, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluß: Welfenkirchener Zeitung Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von H. Welfenkirchener in Welfenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) vom 28. November ab:
Grundpreis: 50, kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art und Familienanzeigen 30, auswärtige Anzeigen 60, Restkanten 80 mm breit 200, Schriftgröße 1400 Millionen.
Grundpreis mal Schriftgröße ergibt den Anzeigenpreis.

Bei nicht sofortiger Zahlung der Anzeigen wird für das Verbleibende der Anzeigen ein Zuschlag von 5 Proz. auf den Grundpreis erhoben. Bei Anzeigen, die nicht sofort bezahlt werden, wird der Zuschlag von 5 Proz. auf den Grundpreis erhoben. Bei Anzeigen, die nicht sofort bezahlt werden, wird der Zuschlag von 5 Proz. auf den Grundpreis erhoben.

Nr. 266

Montag, den 26. November 1923

59. Jahrgang.

Ein überparteiliches Reichskabinett?

Die ersten Besprechungen nach dem Kabinettssturz.

von Kardorff als Kanzlerkandidat.

Berlin, 24. Nov. Der Reichspräsident hatte heute vormittag nach dem Kabinettssturz die ersten Besprechungen mit den Führern der einzelnen Parteien zu sich geladen, um mit ihnen die Frage der Kabinettsbildung zu besprechen. Wie die „Germania“ mitteilt, hat es das Zentrum abgelehnt, aus seinen Reihen den Vizekanzler zu stellen. Wie es heißt, soll dagegen die Deutsche Volkspartei nicht abgeneigt sein, wiederum den Kanzler zu stellen. Der Name des Abgeordneten von Kardorff wird von den Blättern genannt. Herr von Kardorff soll sich bereit erklärt haben, das Kanzleramt zu übernehmen und ist am frühen Nachmittag zum Reichspräsidenten berufen worden.

Sowohl die Deutsche Volkspartei als auch Zentrum und Demokraten haben die Blätter zufolge den Wunsch geäußert, Dr. Stresemann zur Übernahme des Ministeriums des Auswärtigen zu veranlassen. Im wesentlichen würde ein Kabinett Kardorff vermutlich den Charakter einer Regierung der Mitte haben.

von Kardorff lehnt ab.

(Berlin, 25. Nov. (Telegr.)) Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Reichspräsident die Besprechungen mit den Führern der einzelnen Parteien zu sich geladen, um mit ihnen die Frage der Kabinettsbildung zu besprechen.

Reichsfinanzminister Albert mit der Regierungsbildung betraut.

na Berlin, 25. Nov. (Telegr.) Der Reichspräsident hat, nachdem die Bemühungen Kardorffs, das Kabinett zu bilden, gescheitert sind, den Reichsfinanzminister Albert mit der Regierungsbildung betraut.

In den Vormittagsstunden des Sonntags hatte der Reichspräsident vor dem Antritt des Kanzleramtes an Albert mit Jares, Brauns und Gehler Besprechungen, um zu hören, ob einer der genannten Persönlichkeiten bereit sei, die Bildung eines Kabinetts zu übernehmen. Die betreffenden Herren lehnten jedoch einen dergleichen Antrag ab mit der Begründung, daß ihnen die Bildung einer parlamentarischen Regierung unmöglich erscheine.

Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den Reichsfinanzminister Albert folgenden Schein-Befehl erlassen:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer vorläufigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich habe mich daher entschlossen, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurücklassung der politischen Parteien ihre ganze Kraft für die Bewältigung der gegenwärtigen Lage einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an die Vaterländischen Pflichtgefühle. Ihre mit Geduld und auch von mir gewünschte Unterstützung und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für eine umgehende Erfüllung werde ich Ihnen sehr dankbar.“

Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm.

Alberts Bemühungen.

na Berlin, 25. Nov. (Telegr.) Albert hat versucht, ein überparteiliches Kabinett zu bilden, um, wenn ihm dies gelingt, vor den Reichstag zu treten und sich eine Mehrheit zu verschaffen. Man nimmt an, daß Albert mit der Zustimmung derjenigen Parteien rechnen, die eine Auflösung des Reichstages ablehnen.

Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens.

Ein Mantelvertrag unterzeichnet.

Düsseldorf, 25. Nov. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, wurde heute abend, nachdem die politischen Fragen, an denen hauptsächlich die Verhandlungen zwischen dem deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen gescheitert waren, eine tragbare Lösung gefunden hatten, ein Mantelvertrag unterzeichnet. Im Rahmen dieses Vertrages werden in den nächsten Tagen die einzelnen Punkte des Sonderabkommens zu treffen haben. Der Vertrag ist vom Generaldirektor Böcker-Dorland als bevollmächtigten Vertreter des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens unterzeichnet worden. Die Pariser Nachrichten, die davon sprechen, daß Böcker schließlich im Namen des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens unterzeichnet habe, sind unrichtig. Der Vertrag gilt bis zum 15. April 1924.

(Berlin, 25. Nov. (Telegr.)) Zu den Mitteilungen über den Vertrag zwischen dem Reich und Frankreich wird aus Paris noch mitgeteilt: Die deutsche Regierung aus Düsseldorf, daß die Verhandlungen zwischen dem deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen und der Kontrolle des Handels und des Verkehrs zwischen den beiden Ländern ein Ende gemacht werden. Der Vertrag des Handels und des Verkehrs zwischen dem Reich und Frankreich wird aus Paris noch mitgeteilt: Die deutsche Regierung aus Düsseldorf, daß die Verhandlungen zwischen dem deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen und der Kontrolle des Handels und des Verkehrs zwischen den beiden Ländern ein Ende gemacht werden.

na Berlin, 25. Nov. Der französische Botschafter

Der Reichspräsident auch zu Neuwahlen entschlossen.

de Berlin, 25. Nov. (Telegr.) Die Berufung des Staatssekretärs Albert zum Reichskanzler ist auf eine von den Parteien nicht erwartete Entscheidung des Reichspräsidenten zurückzuführen. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist der Reichspräsident von der Überzeugung gekommen, daß von den Reichstagsfraktionen eine dauernde Lösung der Regierungskrisis nicht zu erwarten war, nachdem der Plan eines Kabinetts von Kardorff an dem Widerstand des Reichstages und der Deutschen Volkspartei, der Herr von Kardorff angehört, gescheitert ist.

Präsident Ebert hat sich nun entschlossen, eine Lösung durch das Volk herbeizuführen in der Weise, daß er selbst unabhängig von Fraktionsbefehlen ein Kabinett beruft. Wenn dieses Kabinett die notwendige Mehrheit nicht finden sollte, ist Präsident Ebert entschlossen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Die Beurteilung der „Times“.

(London, 24. Nov. Die „Times“ nimmt bisher als einziges Blatt zu dem in später Abendstunden gemeldeten Rücktritt des Kabinetts Stresemann Stellung und schreibt, der Sturz Stresemanns habe eine besondere Bedeutung. Er sei das Ende einer Epoche. Stresemann habe ein durch die wirtschaftliche Finanzpolitik seiner Vorgänger fast ruiniertes Deutschland regieren müssen. Er habe mit gewaltigen Anstrengungen die diplomatischen Maßnahmen gegen die offene Revolte von Gruppen, Parteien und Staaten annehmen müssen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, seien außerordentlich gewesen, aber das unüberwindliche Hindernis, dem er gegenüberstand, habe in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten gelegen. Der Sturz Stresemanns sei ein Zeichen, daß ein neuer deutscher Geist sich zu zeigen, um mit den Alliierten zu einer Regelung oder neuer Verhandlungen zu kommen. Es sei ihm ohne seine Schuld nicht möglich, Stresemann habe Anstrengungen gemacht, freilich ohne Erfolg, weil er nach dem Ausbleiben einer wirklichen Unterstützung von außen seinen Einfluß auf die innere Politik verloren, deren Wirksamkeit und charakteristischer Zustand immer größer wurde. Er appellierte schließlich an den Reichstag, was ein Akt der Verzweiflung gewesen sei. Was jetzt bevorstehe, sei eine sehr ernste Angelegenheit für die ganze Welt. Die nächste Aufgabe, das Deutschland aus dem inneren Zerfall zu befreien, sei die wichtigste Aufgabe in einem Europa, das in der Krise stehe. Es könne sein, daß während der nächsten Monate die Trennung des Reichslandes und des Auslandes als das größte Hindernis für Deutschland vorliege. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands werde durch die Trennung des Reichslandes und des Auslandes als das größte Hindernis für Deutschland vorliege. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands werde durch die Trennung des Reichslandes und des Auslandes als das größte Hindernis für Deutschland vorliege.

Ein Abkommen mit der Lederindustrie.

Paris, 25. Nov. Nach einer Hauszusammenkunft aus Koblenz hat der Ausschuss der Beschäftigten der Lederindustrie am 20. November mit der Vertretung der Leder- und Häuteindustrie ein Abkommen getroffen. Die Zahl der Arbeiter, die von der genannten Industrie beschäftigt werden, gibt Paris mit 25 000 an.

Vor der Sitzung der Repto.

na Paris, 25. Nov. (Telegr.) Poincaré empfing heute früh den französischen Vertreter in der Reparationskommission Barthou und unterhielt sich längere Zeit mit ihm. Bekanntlich wird die Reparationskommission am Dienstag über das Exposé berichten, das Herr Barthou im Namen der deutschen Delegation über die Wirtschafts- und Finanzlage des Reiches gemacht hat. Andererseits wird die Reparationskommission den vorliegenden in Düsseldorf zwischen den deutschen und französischen Unterdelegationen getroffenen Vertrag prüfen. In diesem Zusammenhang werden in Paris heute in der Presse noch einige genauere Angaben gemacht über die Form, die der Artikel 17 des Abkommens zwischen dem Reich und der Reparationskommission erhalten hat und welche Bestimmungen dem Gegenstand einer deutschen Note an die Reparationskommission bildet. Danach werden die Steuern und anderen Abgaben in eine besondere Pauschale abgeführt und für die Befriedigung der Reparationskommission. Sie besteht sich sowohl auf die bereits gezahlten als auch auf die noch zu zahlenden Abgaben überhaupt. Als Koblenz und anderen Sachleistungen sowie als

Die Kosten der Repto.

(Paris, 25. Nov. (Telegr.)) Der „Matin“ schreibt, daß die deutsche Regierung die nach dem Friedensvertrag für den Unterhalt der Reparationskommission sorgen muß. Bis zum Monat Juli ihre Verpflichtungen nach jeder Richtung erfüllt habe, leidet aber unter der Wiederholter Aufforderungen die nötigen Summen nicht zu beschaffen. Die Reparationskommission habe deshalb die notwendigen Summen für die Befriedigung der Repto. aus einem Reservefonds entnehmen, dessen Höhe 25 Millionen Franken beträgt. Diese Summe genügt, um bis zum 31. Januar 1924 die dringenden Ausgaben zu decken. Selbst wenn man einen kleinen Prozentsatz des Reservefonds entlassen würde, könne man den Fortbestand der Reparationskommission nur zwei bis drei Monate hindern.

Loucheur über die Garantiefrage.

na Paris, 25. Nov. (Telegr.) Gestern abend machte Loucheur im Laufe einer politischen Versammlung der republikanischen Linken wichtige Ausweisungen über die Garantiefrage. Er erklärte, daß die Garantiefrage eine der wichtigsten Fragen der Politik sei. Er erklärte, daß die Garantiefrage eine der wichtigsten Fragen der Politik sei. Er erklärte, daß die Garantiefrage eine der wichtigsten Fragen der Politik sei.

Der Fall Graff.

WTB Berlin, 25. Nov. (Telegr.) Gegenüber einer Hauszusammenkunft über die angeblich belagerte Lage in Koblenz, so kann eine von diesen belagerten Angelegenheiten nicht vorhanden sein. Diese Angelegenheiten sind die Angelegenheiten der belagerten Angelegenheiten. Diese Angelegenheiten sind die Angelegenheiten der belagerten Angelegenheiten.

Parlamentarisches.

Die parlamentarischen Wünsche an den Reichstag
na Berlin, 24. Nov. 1923.
Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der gewissermaßen eine Zusammenfassung der von Bayern an den Reichstag zu stellenden Forderungen darstellt. Die

1 Dollar = 4 189 500 000 000 Mark.

Mittelsche Devisenkurse		24. November	25. November
Amerika	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Frankreich	100	1 489 500 000	1 489 500 000
England	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Belgien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Niederlande	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Schweden	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Dänemark	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Polen	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Portugal	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Spanien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Italien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Japan	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Schweiz	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Österreich	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Ungarn	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Rumänien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Griechenland	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Türkei	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Serbien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Montenegro	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Albanien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Bulgarien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Russland	100	1 489 500 000	1 489 500 000
China	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Indien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Siam	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Indonesien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Philippinen	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Japan	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Schweiz	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Österreich	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Ungarn	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Rumänien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Griechenland	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Türkei	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Serbien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Montenegro	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Albanien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Bulgarien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Russland	100	1 489 500 000	1 489 500 000
China	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Indien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Siam	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Indonesien	100	1 489 500 000	1 489 500 000
Philippinen	100	1 489 500 000	1 489 500 000

Winters Märchen.

